
KREISRUNDBRIEF

03-2020

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
LANDKREIS MÜNCHEN

DIGITALISIERUNG: GLOBAL KOMMUNAL LOKAL



03–2020

DIGITALISIERUNG: GLOBAL – KOMMUNAL – LOKAL



- 3 Editorial
- 4 Einladung zur nächsten Kreisversammlung
- 5 Digitalisierung ökologisch gestalten
Aus dem Bundestag
- 6 Transparent und interaktiv in die Zukunft!
Digitale Kommune
- 8 Digitale Rathäuser im Landkreis München
- 10 Ein Recht auf gute Arbeit – auch im digitalen Zeitalter
- 11 Künstliche Intelligenz – ein Thema auch für Kommunen?
- 12 E-Estonia – wenn alles wie von selbst geht
- 14 Ein Herz für Digitalisierung – dann aber richtig!
- 15 Eine Chance für klimafreundliche Mobilität
- 16 Digitale Parteiarbeit im Landkreis München
- 20 Junge Menschen und Familien endlich in den Fokus rücken!
Sozialpolitische Resolution
- 21 Änderungen im Frauenstatut
- 22 Kreisversammlungen
- 24 Meldungen
- 27 Impressum

FÜR DEN VORSTAND



Schöne neue digitale Welt!? Unter den aktuellen Umständen digitalisiert sich unser Leben rasant, ob wir es wollen oder nicht. Lernplattformen an Schulen, unzählige Video-Konferenzen, eine Corona-Warn-App: Wer hätte noch vor ein paar Monaten gedacht, dass wir mit diesen Tools und Möglichkeiten so selbstverständlich leben?

Es zeigt sich (erneut): Digitalisierung geschieht so oder so, wir können und müssen sie politisch und gesellschaftlich aktiv gestalten – und zwar jetzt. Wir sind überzeugt: In der digitalen Welt müssen wir genauso für Freiheit, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Demokratie sowie gegen Hass, Hetze und Gewalt streiten wie in der analogen. Im Mittelpunkt steht für uns der Mensch, nicht die Technik. Wir brauchen eine Digitalisierung mit Leitplanken. Nicht nur eine leistungsfähige, klimaneutrale Infrastruktur und nutzerfreundliche Dienste, sondern auch freien und gleichberechtigten Zugang zum Netz, Schutz der Privatsphäre und der persönlichen Daten und eine gute Regulierung der Anwendungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Bei aller Begeisterung: 10 Millionen Deutsche sind laut der Initiative D21 überhaupt nicht online. Überdurchschnittlich vertreten sind in dieser Gruppe vor allem Ältere, Frauen und Menschen mit einem Haupt- oder Volksschulabschluss. Wir sind also gemeinsam gefordert, diese Spaltung zu überwinden, z. B. indem wir im persönlichen Umfeld helfen oder politisch tätig werden, um inklusive Angebote zu schaffen. Digitalisierung soll alle Bürger*innen befähigen und Teilhabe ermöglichen.

In diesem Kreisrundbrief geht es um die Chancen der Digitalisierung für unsere Kommunen und für unsere Lebensqualität. Besonders möchten wir Euch auf den Beitrag unserer Landesvorsitzenden Eva Lettenbauer zur Arbeit 4.0 aufmerksam machen, ebenso auf die Analyse zu Künstlicher Intelligenz von Uli Leiner und auf die Erfahrungen in Estland, dem digitalen Vorreiter in Europa, die Frederik Börner für uns aufgeschrieben hat.

Viel Spaß beim Lesen der Inhalte über Digitalisierung in unserer analogen Ausgabe des Kreisrundbriefs – er wird fast allen Mitgliedern auf Papier zugestellt und das finden wir auch gut so!

Sabine & Volker

Einladung zur nächsten Kreisversammlung

MITTWOCH 09.09.2020, 19.30 UHR, DIGITAL GRÜNES GRUNDSATZPROGRAMM: „... ZU ACHTEN UND ZU SCHÜTZEN...“ – VERÄNDERUNG SCHAFFT HALT. MIT JAMILA SCHÄFER



Im September diskutieren wir auf unserer digitalen Kreisversammlung gemeinsam mit der stellvertretenden Bundesvorsitzenden Jamila Schäfer über das neue Grundsatzprogramm unserer Partei.

Der Programmentwurf (<https://gruenlink.de/1sio>) formuliert grundsätzliche Leitlinien für die nächsten Jahrzehnte. Er besteht aus einzelnen Paragraphen, anstatt aus einem geschlossenen Programtext. In sieben Kapiteln, die sich an den großen Aufgaben der Zeit orientieren, formulieren wir unseren Standpunkt und beschreiben Grundsätze unseres politischen Handelns.

Eine erste digitale Beteiligungsphase hat bis Ende Juli bereits stattgefunden. Diese Rückmeldungen fließen in die Überarbeitung des ersten Entwurfs ein, die dann der Bundesvorstand der BDK im November zur Beschlussfassung vorlegt.

Bis zum 9. Oktober können aber noch Änderungen eingebracht werden. Wir schauen uns den Entwurf gemeinsam an und diskutieren darüber. Sollten wir noch Änderungsvorschläge haben, können wir diese als Kreisverband gemeinsam einbringen. Wer einen bestimmten Punkt besprechen möchte, teile uns dies bitte im Voraus mit.

Wichtig: Wer (digital) teilnehmen möchte, meldet sich bitte bei <https://gruenlink.de/1sxo> an und erhält dann am 09.09.20 nachmittags die Einwahldaten für unsere Kreisversammlung. Wir nutzen im Kreisverband das Tool GoToMeeting.

Wir freuen uns auf die Diskussion mit euch!

KREISVERSAMMLUNGEN OKTOBER, NOVEMBER, DEZEMBER

Wir planen unter den aktuellen Umständen (Stand Mitte Juli 2020) Kreisversammlungen im Oktober vor Ort in Pullach, im November erneut digital sowie im Dezember vor Ort in Unterhaching. Wir würden uns sehr freuen, bald wieder physische Kreisversammlungen veranstalten zu dürfen, werden aber die Infektionszahlen und

Empfehlungen der Behörden stets, auch kurzfristig, im Auge haben und danach entscheiden. Bitte beachtet hierzu den nächsten Kreisrundbrief, unseren KV-Newsletter und schaut gerne bei www.gruene-ml.de für stets aktuelle (Termin-)Informationen vorbei!

Digitalisierung ökologisch gestalten

Von Toni Hofreiter



Foto: Paul Bohnert

Umwelt- und Klimaschutz und Digitalisierung – passt das überhaupt zusammen? Lesen wir nicht vom ständig wachsenden Stromverbrauch des Internet und immer mehr statt weniger elektronischen Geräten, die noch dazu oft kurzlebig sind? Auch die digitale Zukunft braucht klare politische Rahmenbedingungen!

Die Grünen Bundestagsfraktion hat dazu den Antrag „Digitalisierung ökologisch gestalten“ eingebracht. Wir wissen, dass der Kampf gegen die Erdüberhitzung nicht ohne Technologie-Einsatz zu gewinnen ist, aber die Verbreitung neuer Technologien die Klimakrise nicht noch verschlimmern darf. Die schwarz-rote Bundesregierung hat diese Problematik kaum im Blick, wenn man sich deren „Umsetzungsstrategie Digitalisierung“ anschaut.

Die Grünen fordern, die Digitalisierung auf Nachhaltigkeitskurs zu bringen. Der Bund soll Vorreiter sein, bei Beschaffungen der öffentlichen Hand, um damit höchste Standards für Green-IT zu setzen oder um die rund 1.000 Re-

chenzentren des Bundes bei der Energieeffizienz voranzubringen. Die EU-Ratspräsidentschaft muss Deutschland dafür nutzen, um zum Beispiel das Recht auf Reparierbarkeit auf digitale Gerätschaften auszuweiten oder Effizienzstandards für Videoplattformen zu definieren. Vor allem gilt es sicherzustellen, dass der EU-Green Deal zur Corona-Krise tatsächlich „grün“ wird.

A und O ist und bleibt, den schnellstmöglichen Weg zu 100 Prozent Ökostrom zu forcieren. Dazu kommen Energieeinsparung, Energieeffizienz, Ressourcenschonung und eine gut funktionierende Kreislaufwirtschaft. Mit dem richtigen ökologischen Ordnungsrahmen kann Digitalisierung gut ein Motor der Nachhaltigkeit werden.

Bundestags-Antrag

„Digitalisierung ökologisch gestalten“

dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/158/1915804.pdf

Grüne Netzpolitik im Bundestag

www.gruene-bundestag.de/themen/netzpolitik

Umsetzungsstrategie

Digitalisierung der Bundesregierung

digital-made-in.de



Toni Hofreiter

Vorsitzender der GRÜNEN im Bundestag

Unterhaching

Transparent und interaktiv in die Zukunft

Von Sabine Pilsinger und Volker Leib



Manche reden über die Digitalisierung wie über die Klimakrise: als etwas, das uns noch bevorsteht. Dabei hat sich unsere Erde längst bedrohlich erhitzt und wir sind mittendrin in der Digitalisierung. Dass beide globalen Prozesse unser Leben beeinflussen, das können wir gar nicht mehr verhindern. Aber wir können auch hier bei uns im Landkreis nicht nur den Klimaschutz vorantreiben, sondern auch die Digitalisierung unserer Kommunen aktiv gestalten und die Chancen politisch nutzen. Die digitale Kommune ist eigentlich ein ur-grünes Thema – transparente Ratsarbeit, bürgernahe Verwaltung und innovative Beteiligungsformate werden durch digitale Tools erst richtig möglich!

Unsere Kommunen sind die Ebene des Staates, mit der Bürger*innen am häufigsten in Kontakt treten. Gerade hier sind politische Entscheidungen besonders nah am Menschen, betreffen konkrete Lebenswirklichkeiten, werden sichtbar. Deshalb sehen wir hier große Chancen für die Digitalisierung der Verwaltung und für bessere Beteiligung der Bürger*innen durch digitale Tools.

Digitale Verwaltung: bürgernah, effizient, modern

Die Digitalisierung der Verwaltung ist oft noch eine Herausforderung. Behördengänge sollten für alle bequem online zu erledigen sein, Online-Bürgerservices umfassend sein, und alle Infos zum Gemeindeleben über Kultur, Sport und Freizeit ansprechend verfügbar sein. Dies

geht am besten voran, wenn Digitalisierung Chef*innensache im Rathaus ist und die Belegschaft durch Motivation und Fortbildungen mitgenommen wird. Eine Kommune braucht eine Digitalisierungsstrategie, und wo es diese noch nicht gibt, können wir GRÜNE dazu auffordern.

Kommune digital und gemeinsam gestalten

Wir GRÜNE stehen seit langem für mehr Transparenz in den Rathäusern und im Landratsamt, damit Entscheidungsprozesse im Landkreis und in den Gemeinden frühzeitig nach außen getragen werden. Das geht einher mit einem Paradigmenwechsel der Kommunalpolitik, der in vielen unserer 29 Kommunen schon auf einem guten Weg ist. Bürgerinnen und Bürger müssen einen umfassenden Zugang zu Dokumenten, Vorlagen und Protokollen der Gremien und zu sonstigen Unterlagen im Internet erhalten. Die Digitalisierung ist hier Treiberin und Mittel der Wahl, um Informationen möglichst einfach zugänglich zu machen. Das Landratsamt und die meisten Rathäuser haben digitale Ratsinformationssysteme, die den Mandatsträger*innen die Arbeit erleichtern, effizienter machen – und viel Papier sparen (siehe dazu Seite 11 in diesem Heft).

Digitale Bürgerbeteiligung muss interaktiv sein und den Dialog fördern. Wir wollen die Menschen, die schließlich unmittelbar von den Entscheidungen der Kommunalparlamente betroffen sind, so eng wie möglich, frühzeitig und aktiv in Planungs- und Entscheidungsprozesse



einbinden. Das geht zum Beispiel über digitale Plattformen für Bürgerhaushalte, auf denen Bürger*innen Vorschläge für die Gemeinde, Sparpotentiale oder innovative Einnahmemöglichkeiten als Idee einspeisen können. Oder bei Bauvorhaben durch öffentliche 3D-Visualisierungen von geplanten Gebäuden, Verkehrswegen oder Windkraftanlagen, die dann kommentiert werden können. Zukünftig kann dies in eine interaktive und visuelle Ortsentwicklung münden, wie sie das Forschungsprojekt „Aktion gemeinsame Vision“ (www.aktvis.de) beispielhaft entwickelt hat.

Digitale Kommune als Standortfaktor

Die Digitalisierung im Gebiet einer Gemeinde ist mittlerweile ein Standortfaktor. Gewerbetreibende und Einwohner*innen erwarten schnelles Internet und ein gutes Mobilfunknetz. Obwohl dies eigentlich Sache der privaten Telekommunikationsunternehmen ist, sind Kommunen oft gezwungen, beim Breitbandausbau tätig zu werden. Wie aktiv eine Gemeinde vorgeht, zeigt sich auch darin, wie gut die Schulen mit Netzanschluss und digitalen Endgeräten versorgt sind, ob es WLAN auf öffentlichen Plätzen oder eine Gemeinde-App gibt.

Im Interesse bürgernaher Kommunen und für den Landkreis München als starken Wirtschaftsstandort mit hoher Lebensqualität sehen auch wir GRÜNE uns in der Verantwortung, die Digitalisierung unserer 29 Kommunen mitzugestalten. Die Zukunft ist digital und grün!

Ein Blick zurück nach vorn

Die Digitalisierung ist schon lange nichts neues mehr und war es übrigens auch nicht, als Angela Merkel 2013 das Internet als „Neuland“ bezeichnete: Als in den 1990er Jahren das WorldWideWeb und Browser entstanden und Internet-Anschlüsse verfügbar wurden, rückte auch die Nutzung des Netzes in der Politik in den Blick. Unter dem Begriff „E-Government“ setzte eine Entwicklung ein, die Staat und Kommunen, Behörden und Bürger*innen sowie die demokratische Beteiligung bis hin zu Wahlen mit Hilfe der neuen digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien voranbringen sollte. Der Bund hat 2013 mit dem E-Government-Gesetz die rechtliche Grundlage gelegt, ebenso die Bundesländer – zum Beispiel der Freistaat mit dem Bayerischen E-Government-Gesetz von 2015. Der Prozess der Digitalisierung dauert an. Wie es darum bestellt ist, kann man in dem jährlichen Monitoring-Bericht der Initiative D21 verfolgen.

→ **unser Lesetipp: D21 eGovernment Monitoringinitiative21.de**



Volker Leib

Kreisvorsitzender

Oberhaching



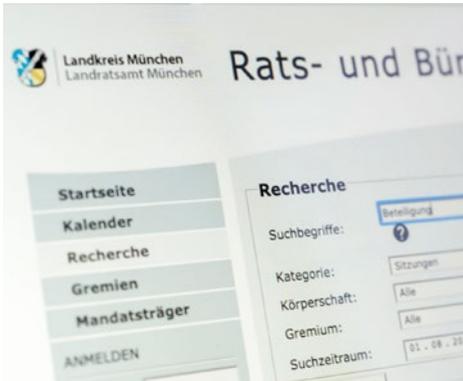
Sabine Pilsinger

Kreisvorsitzende

Gräfelfing

Digitale Rathäuser im Landkreis München

Von Lucia Kott



...zum Bürger*innen- informationssystem

Im Landkreis München gehen immer mehr Kommunen dazu über, ihre interne Ratsarbeit für Bürgerinnen und Bürger transparent zu machen. Dokumente, Sitzungsvorlagen und Beschlüsse können auf den Gemeinde-Webseiten eingesehen und recherchiert werden. Ein wichtiger Schritt, der mehr Bürgernähe und Transparenz schafft. Diskussionen und Beschlüsse können leichter nachvollzogen werden, was meist zu einer höheren Akzeptanz von politischen Entscheidungen führt.

Sind Politik und Verwaltung im Landkreis München im digitalen Zeitalter angekommen? Hier ein Überblick über die papierlose Rats- und Ausschussarbeit sowie die Online-Angebote der Rathäuser und des Landratsamtes für Bürgerinnen und Bürger.

Vom Ratsinformationssystem...

Fast alle Kommunen arbeiten mit einem sogenannten Ratsinformationssystem, d.h. einem IT-gestützten Dokumentenmanagementsystem. Es soll die Arbeit der politischen Organe in einer Kommune erleichtern, insbesondere des Rates und der einzelnen Ausschüsse. Dazu greift es in die Abläufe der Verwaltung ein. Seit 1990 werden im deutschsprachigen Raum etwa 15 konkurrierende Systeme auf dem Markt angeboten. Die Abläufe der Kommunalpolitik sollen mit diesen Systemen optimiert sowie koordiniert werden, um so effizienter zu werden.

Online-Services

Auch wenn alle Rathäuser im Landkreis München von einem komplett digitalen Rathaus meilenweit entfernt sind, gibt es einige digitale Bürgerdienste, die den Gang aufs Rathaus ersparen. Dennoch ist noch sehr vieles zu tun: Bis zum 31.12.2022 müssen nicht nur Bund und Länder, sondern auch Kommunen einen großen Teil ihrer Verwaltungsleistungen online anbieten. Da sieht das Onlinezugangsgesetz vor, das im August 2017 in Kraft getreten ist.



Lucia Kott
Kreisgeschäftsführerin
Neubiberg

DIGITALE RATHÄUSER

Gemeinde	Ratsinformations- system	Bürger*innen- Informationssystem	Behördengänge online
Aschheim	☑	☑	☑
Aying	ab 2021 (voraussichtlich)	ab 2021 (voraussichtlich)	☑
Baierbrunn	☑	☑	☑
Brunnthal	☑	☑	☑
Feldkirchen	☑		☑
Garching	☑	☑	☑
Gräfelfing	☑	☑	
Grasbrunn	☑	☑	☑
Grünwald	☑	☑	
Haar	☑	☑	
Hohenbrunn	☑	☑	☑
Höhenkirchen-Siegertsbrunn	☑	in Planung	
Ismaning	☑	☑	☑
Kirchheim	☑	☑	
Neubiberg	☑	(in Planung)	☑
Neuried	☑	☑	
Oberhaching	☑	☑	☑
Oberschleißheim	☑	☑	☑
Ottobrunn	☑	☑	
Planegg	☑	☑	☑
Pullach	☑	☑	
Putzbrunn	☑	☑	☑
Sauerlach	☑		☑
Schäftlarn	☑		☑
Straßlach	☑	☑	☑
Taufkirchen	☑	☑	☑
Unterföhring	☑	☑	☑
Unterhaching	☑	☑	☑
Unterschleißheim	☑	☑	☑

Ein Recht auf gute Arbeit – auch im digitalen Zeitalter

Von Eva Lettenbauer



Die Corona-Pandemie hat den Wandel in der Arbeitswelt noch einmal beschleunigt: Home-Office, Weiterbildung, Arbeitszeit. Alle diese Themen treten derzeit in den Vordergrund. Mitte März 2020 arbeitete auf Grund der Pandemie fast jede*r zweite Beschäftigte (49%) ganz oder in Teilen im Homeoffice. Die Digitalisierung der Arbeitswelt kann eine große Chance für die Arbeitnehmer*innen werden. Wir müssen uns aber auch der Risiken bewusst sein.

Arbeit muss neu gedacht werden – räumlich wie zeitlich. Wir fordern deshalb ein Recht auf Home-Office dort, wo es die Tätigkeit erlaubt. Home-Office soll dabei als alternierende Alternative zum Arbeitsplatz möglich sein, wobei den Beschäftigten ein Rückkehrrecht auf den Arbeitsplatz im Unternehmen offenstehen muss. Gleichzeitig brauchen wir eine flexible Vollzeit mit einer Wochenarbeitszeit von 30 bis 40 Stunden. Dadurch können wir gerade Familien mehr gemeinsame Zeit einräumen. Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2017 gaben 30% der

Befragten an, dass flexible Arbeitszeiten bei der Arbeitsplatzsuche wichtig waren. Dabei müssen wir die Gefahr einer Entgrenzung der Arbeitszeit einhegen. Das schaffen wir über eine Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung. Betriebs- und Personalräte sollen ein Mitbestimmungsrecht über die Menge der Arbeit bzw. über Zielvorgaben erhalten.

Die Digitalisierung verlangt aber auch eine beständige Weiterbildung der Beschäftigten. Hier ist Bayern Schlusslicht und neben Sachsen das einzige Bundesland ohne Bildungsurlaub. Wir fordern ein Bildungsfreistellungsgesetz mit jährlich fünf Tagen Bildungszeit für alle Beschäftigten in Bayern. Nur so können wir dafür sorgen, dass die Arbeitnehmer*innen für die Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt fit gehalten werden.



Eva Lettenbauer
Landesvorsitzende
Landtagsabgeordnete

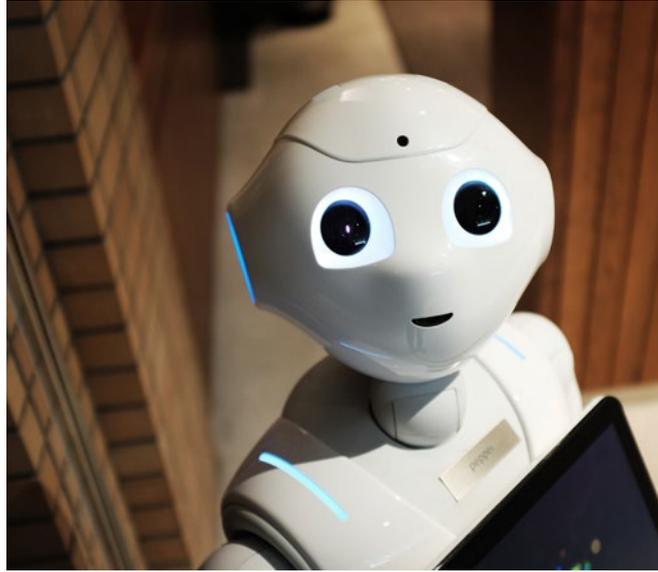
Künstliche Intelligenz – ein Thema auch für Kommunen?

Von Dr. Ulrich Leiner

Wäre es nicht wunderbar, wenn wir Staus durch eine wirklich „intelligente“ Ampelschaltung minimieren könnten? Oder wenn ein schlauer Sprachassistent mit passenden Fragen durch das Ausfüllen von langwierigen Förderanträgen führen würde? Schon diese zwei Beispiele machen klar, dass Künstliche Intelligenz (KI) auch Lösungen für kommunale Probleme und Prozesse bieten könnte. Mit KI sind Algorithmen gemeint, die Daten analysieren, daraus Entscheidungen oder Empfehlungen ableiten und im Laufe der Zeit aus neuen Daten noch hinzulernen.

Und Daten gibt es in den Gemeinden mehr als genug: Verkehrszählungen, Gebäude- und Energiedaten, Schadstoff und Lärmmessungen und natürlich auch viele personen- und unternehmensbezogene Daten. Besonders Personendaten unterliegen der DSGVO und anderen Regularien, jede Datennutzung muss daher den Datenschutz und die anlassbezogene Datentreue sicherstellen. Europäische Konzepte der Datensouveränität sichern genau diese Privacy-Anforderungen und ermöglichen dennoch ihren Einsatz in KI-Systemen.

Wie aktuell das Thema ist, zeigt die Initiative KOKI, die der Deutsche Städte- und Gemeindebund im Dezember 2019 gestartet hat (<https://gruenlink.de/1st0>). Hier werden Fragen wie „welche Bedeutung hat KI für die kommunale Ebene?“ gestellt oder eine kommunale KI- und Datenethik-Strategie entwickelt. Corona-bedingt verzögert sich das Ergebnis, aber die Gruppe hat vor kurzem die Arbeit wiederaufgenommen.



Wer sich noch etwas tiefer ins Thema einarbeiten will, dem sei die Studie „KI in der öffentlichen Verwaltung“ (<https://gruenlink.de/1st1>) empfohlen, die meine Kolleg*innen vom Stuttgarter Fraunhofer IAO unter Mitwirkung von zehn Gemeinden in Baden-Württemberg geschrieben haben. Hier liegt der Schwerpunkt auf Smart Government und erweiterter Datenerhebung in Kommunen.

Dr. Ulrich Leiner ist Koordinator des strategischen Forschungsfelds KI in der Fraunhofer-Gesellschaft.



Dr. Ulrich Leiner
2. Bürgermeister
Haar

E-Estonia – wenn alles wie von selbst geht

Von Frederik Börner

Digitalisierung ist eines dieser Wörter, die inflationär benutzt werden, wenn es um die Erneuerung von Prozessen oder auch jede Art von technologischer Veränderung geht. Wohin diese Reise führen kann zeigt das Beispiel in Estland: Dort redet niemand mehr von Digitalisierung, sondern von Automation – Ein Erfahrungsbericht.

E-Estonia ist eigentlich nur ein Showroom in Tallinn, in dem sich Besucher*innen über das Estnische Modell einer digitalen Gesellschaft informieren. Alles ist hypermodern und hell beleuchtet. Gleich nach dem Empfang werden wir von einem jungen, deutschsprechenden Tourguide abgeholt, der uns stolz erzählt, dass Angela Merkel auch schon hier war. Abschauen, so scheint es, ist hier mehr als erlaubt.

Nach EU-Angaben sind die Angebote der öffentlichen Verwaltung Estlands zu fast 90% digital verfügbar – in Deutschland hingegen nur etwa 65%. Das estnische System basiert dabei auf zwei wesentlichen Prinzipien und einer ID-Karte:

Once Only Prinzip

Erhobene Daten dürfen nur an einer Stelle gespeichert werden. Die Meldeadresse ist beim Einwohnermeldeamt hinterlegt, der Kaufvertrag für das ÖPNV-Ticket beim Anbieter, Gesundheitsdaten bei der Krankenversicherung. Das gewährleistet, dass jede Person nur das weiß was sie*er wissen muss. In Deutschland werden meine Daten überall gespeichert wo ich sie angegeben habe. Auf den Servern von Büchereien, Universitäten, Onlineplattformen usw. wird meine Anschrift und Kontodaten hinterlegt. An die Stelle von tausenden Einverständniserklärungen ist in Estland eine Online-Datenabfrage namens X-Road getreten.

Die Bürger*innen sind Eigentümer*innen der Daten

Datenschutz ist in Estland nicht übertragbar, denn der Staat gewährleistet, dass die gespeicherten Daten Eigentum der Bürger*innen bleiben. Dies ist durch Once Only möglich. Zugriffe auf meine Daten können über ein transparentes Bürgerportal sichtbar gemacht werden. Benutze ich den Bus in Tallinn, sehe ich, dass abgefragt wird, ob ich Bürger*in von Tallinn bin. Wurde ich von der Polizei kontrolliert, kann ich sehen, was abgefragt wurde: Transparenz steht im Vordergrund und schafft Vertrauen.

Die ID-Karte

Sieht aus wie ein Personalausweis, kann aber viel mehr und beinhaltet zwei Berechtigungszertifikate und eine rechtsgültige digitale Signatur. Damit können Verträge abgeschlossen, Firmen gegründet und bezahlt werden. Die Karte ist Personalausweis, Büchereiausweis, Krankenversicherungskarte und Führerschein in einem.

Die oben angesprochene X-Road bildet das digitale Netzwerk hinter dem ganzen System. Sie gewährleistet, dass alle Daten immer einsehbar sind. Muss ich ins Krankenhaus, wird abgefragt, ob ich krankenversichert bin, wo ich wohne und das Personal kann in meiner Gesundheitsakte einsehen ob ich bspw. Vorerkrankungen habe. Die X-Road ermöglicht aber vor allem die Automation: Merkt das System, dass meine Bürgerkarte ausläuft, wird bei der Druckerei eine neue bestellt. Wurde mein Bauantrag genehmigt, sehe ich die Freigabe im System und kann die Pläne an das Architekturbüro online weiterleiten, vorausgesetzt sie sind als Unternehmen in der X-Road registriert.



Die Akzeptanz in der Bevölkerung ist enorm: Internet ist ein Grundrecht, Schüler*innen lernen ab der ersten Klasse programmieren, in den Jugendzentren sind 3D-Drucker, CAD-Programme und Laptops normal und kostenlos benutzbar.

Was können unsere Kommunen davon lernen? Diese Frage ist mehr als berechtigt, denn viele Dinge müssen gesamtstaatlich angeregt werden. Es macht keinen Sinn, dass jede Gemeinde eine eigene Bürger*innencard herausgibt. Aber in zwei Bereichen können wir uns schon jetzt eine Scheibe abschneiden:

Verwaltungsprozesse digitalisieren und automatisieren:

Anträge können gemütlich von zu Hause aus ausgefüllt, eingesehen und bearbeitet werden. Das ist rechtlich mit dem neuen Personalausweis in Deutschland möglich und schafft Transparenz. Stockt ein Vorgang kann das System erkennen woran es liegt und einen Gesprächstermin vereinbaren, so würden unnötige Wartezeiten wegfallen. Mit künstlicher Intelligenz können Bauanträge mit dem bestehenden Bebauungsplan und vergleichbaren Vorgängen abgeglichen werden und automatisch eine Empfehlung für eine Genehmigung erteilt werden.

Digitalisierung als Chance begreifen:

Diesen kulturellen Wandel können Kommunen selber vorantreiben. Wie Jugendzentren ausgestattet sind, wie gut der Zugang zu digitalen Medien ist und welche Weiterbildungsprogramme es gibt hängt stark vom politischen

Willen ab. Und obwohl in Estland etwa so viele Menschen wie in München auf einer Fläche von Niedersachsen wohnen, ist die Internetzugangsdichte und die 4G-Abdeckung sowie die Verfügbarkeit von öffentlichen WLAN größer als in Deutschland – auch hier können die Kommunen wirken.

Das Digitalisierungsprogramm wurde Anfang der 90er Tigersprung genannt. Wenn wir nicht weiter in diesem Bereich von anderen Regionen abgehängt werden wollen, ist eine Veränderung des Handelns notwendig: Weg vom Schneckentempo mit Pilotprojekten hin zu schnellen und intelligenten Veränderungen, wie ein Tiger eben.

Frederik Börner war als Teil einer Delegation des Bayrischen Jugendrings 2019 in Estland und Finnland auf Exkursion und durfte sich anschauen wie Jugendarbeit 4.0 aussehen kann, dabei gelangen auch viele Einblicke in die Digitale Verwaltung in Estland.



Frederik Börner
Jugendreferent
Neubiberg

Ein Herz für Digitalisierung – dann aber richtig!

Von Claudia Köhler



In der Corona-Krise wurden die Versäumnisse der vergangenen Jahre wie unter einem Brennglas deutlich. Schlechtes Internet, mangelnde IT-Ausstattung: Verwaltungen und Schulbetrieb waren erst einmal lahmgelegt.

Noch im April bestellten Rathäuser fest installierte Desktops statt Laptops mit flexiblen Docking-Stations und in einer Grundschule wurden die neuen Tablets einkassiert, um damit die Verwaltung ins Homeoffice zu schicken.

An den Schulen zeigten sich riesige Unterschiede in der Ausstattung: Bildungsungerechtigkeit wird so weiter befördert. Bis heute haben einige Schulen kein W-LAN – symptomatisch für das Ignorieren digitaler Anforderungen!

Seit vielen Jahren fordern wir Grüne im Landtag, die Digitalisierung an den Schulen voranzutreiben, Lehrkräfte im IT-Bereich weiterzubilden, Kosten für die Systemeinrichtung

und Wartung zu übernehmen, pädagogische Konzepte zu entwickeln. Denn gerade in Bayern werden viele Bundesmittel gar nicht abgerufen, im Staatshaushalt 2018 sind gar 286 Millionen Ausgabereste bei Bildung angefallen. In jedem Bericht des Obersten Rechnungshofs wird das Thema IT beanstandet: keine einheitliche Software für Schulverwaltungen, handschriftliche Kontrollmitteilungen bei der Finanzverwaltung, keine digitale Erfassung der Gewährleistung bei Bauprojekten, Insellösungen bei Software- und Lizenzmanagement. Das Digitalministerium hat nur ein Mini-Budget – wie sollte es da vor Ort in den Kommunen fortschrittlicher sein?

Nun hat die Bundesregierung ein Sonderbudget für Endgeräte den Kommunen zugeteilt, unser Landkreis erhält über 1,5 Millionen Euro. Aber auch dieses Geld haben noch nicht alle Kommunen abgerufen. Es bräuchte also Fachleute, die planen, welche Geräte angeschafft werden, welche Software verwendet wird, wer sie einrichtet und wartet. Jüngere Schüler*innen brauchen vielleicht andere PCs als ältere, der Datenschutz will beachtet werden, Leihverträge sind zu entwickeln ...

Bayern muss jetzt endlich die Kommunen und Schulen bei der Systemadministration unterstützen, Fortbildungen finanzieren und sinnvolle Digitalisierung vorantreiben. So sähen kluge Investitionen in die Zukunft aus.



Claudia Köhler

Landtagsabgeordnete

Haushaltspolitische Sprecherin
Unterhaching

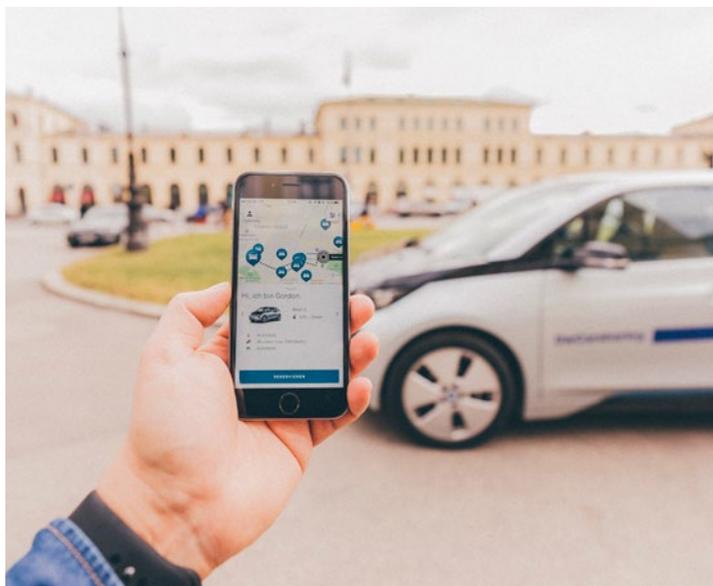
Eine Chance für klimafreundliche Mobilität

Von Dr. Markus Büchler

Digitalisierung und Mobilität: Da denkt man an autonom fahrende Autos. Eine faszinierende Technik, die Verkehr sicherer machen kann. Allerdings wird es noch sehr lange dauern, bis autonom fahrende Autos auch innerorts den Verkehr prägen.

Für die aktuelle Entwicklung finde ich die Chancen der Digitalisierung für die Verkehrsmittel des Umweltverbunds also Fuß, Rad, ÖPNV und Sharing-Angebote daher viel spannender. Gerade in unserem verkehrsreichen Landkreis München!

Die große Chance ist, per Smartphone vorhandene Angebote viel einfacher nutzbar zu machen. Das Smartphone zeigt mir den besten Weg von A nach B und erledigt Buchung und Reservierung. Ein Beispiel aus der Zukunft: Ich möchte zu einem Termin im Dachauer Hinterland. Mein Smartphone errechnet eine schnelle Reisekette von meiner Haustür mit dem Sharing-Auto, das zufällig in meiner Straße geparkt ist, zum Bahnhof. Dann mit der S-Bahn und einem autonom fahrenden Kleinbus zu meinem Termin. Zurück geht es mit Anrufsammeltaxi, Regionalbahn und Leihrad. Alle Verkehrsmittel sind mit meiner MVV-Monatskarte bereits bezahlt. Und der Clou: Sharing-Auto und Anrufsammeltaxi werden vollautomatisch bestellt und stehen bei meiner Ankunft ohne Warteterei sofort zur Verfügung. Mit einem Klick. Wie komfortabel!



An dieser Vision, datenschutzkonform umgesetzt, wird intensiv gearbeitet. Das Ziel: Mobilität einfach machen und einen möglichst großen Teil der Privat(zweit)autos und ihre Parkplätze überflüssig machen. Das schützt das Klima und entlastet Straßen und öffentlichen Raum.

Übrigens: autonomes Fahren gibt's schon heute! Als fahrerlose Kleinbusse so gut wie serienreif. Das bringt bald ÖPNV in ländliche Räume, wo dieser bislang völlig unrentabel war.

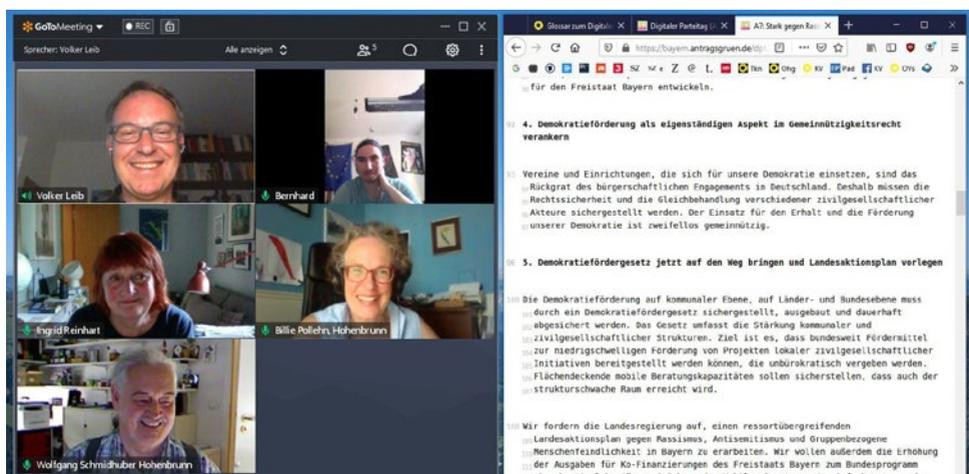


Dr. Markus Büchler
Landtagsabgeordneter

Mobilitätspolitischer Sprecher
Oberschleißheim

Digitale Parteiarbeit im Landkreis München

Sitzungen und Veranstaltungen wegen Corona absagen – das muss nicht sein. Viele Landkreis-GRÜNE haben sich in den letzten Monaten erfolgreich auf den digitalen Weg gemacht. Ob Online-Ortsversammlungen, Fraktionsvorstandswahl per Videokonferenz, Social Media oder Diskussionsveranstaltungen mit Gästen per Kamera: die Ideen und Wege waren vielfältig.



Vorbesprechung des digitalen Parteitags



Sauerlach

Unsere Wahl fiel auf Jitsi, gehostet vom netzbe-grünung eV. Nachdem wir diverse Startschwierigkeiten („Ich habe immer Browserwarnung“, „Ich kann euch alle hören, nur Wolle nicht.“) vorab beheben konnten, war es dann am 15.06.2020 endlich soweit. Die erste Online-ÖV-Versammlung der Grünen in Sauerlach.

Tony Pfefferseder

Ismaning

Schon im Wahlkampf mussten wir Veranstaltungen absagen, die Öffentlichkeitsarbeit ins Internet verlegen. Wir haben ein super Wahlergebnis eingefahren, seitdem deutlich mehr Fans bei Facebook und Instagram! Aktuell treffen wir uns digital, freuen uns aber schon auf den ersten richtigen Stammtisch.

Christina Risinger, Silke Levermann

Neuried

Soziale Nähe beim Online Stammtisch?

Ungewöhnliche Zeiten bringen ungewöhnliche Lösungen. Unser Wunsch sich mal wieder in größerer Runde auszutauschen, sich nahe zu sein, auch wenn physische Treffen nicht möglich sind, brachte uns auf die Idee, den Stammtisch in Form einer Video-Konferenz abzuhalten – jede*r bei sich daheim. Für ein geselliges Gemeinschaftsgefühl, haben wir allen, die regelmäßig zum Stammtisch kommen, eine Einladung mit einer Flasche Neurieder Bier und einem Tütchen Knabbereien vor die Haustüre gestellt. Der Link zum Online-Treffen fand sich auf der beigelegten Einladungskarte (und auf unserer Homepage). Das Ergebnis war ein schöner Abend mit Gesprächen, Geschichten und trotz der körperlichen Distanz viel soziale Nähe.

Auch wenn Online-Versammlungen natürlich kein Ersatz für echte Treffen sind, haben wir doch einen überraschend schönen Abend zusammen gehabt.



Corinna Pflästerer, Leon Zipfel, Uta Hirschberg



Hohenbrunn

Digitale Parteilarbeit in Hohenbrunn

Eigentlich ging es ganz leicht. Als klar war, dass wir lange keine normalen Treffen machen

können, waren wir ganz schnell online. Vorstand, Fraktion, öffentliche GRÜNE STUNDE als Videokonferenzen. Inzwischen kennen wir alle Plattformen und ihre Vor- und Nachteile.

Wolfgang Schmidhuber

Hohenbrunn

Homeschooling und Kinderbetreuung zu Hause im Zeichen von Corona

Homeoffice, Homeschooling, Kinderbetreuung daheim, oft auf Kosten der Frauen, wirtschaftliche Sorgen, Kinder ohne Kontakt zu Freunden und Lehrern. Wir wollten in unserer Videokonferenz hören, wie Eltern damit umgehen und welche Wünsche sie an die Gemeinde haben, wenn

Schulen und Kindergärten nach den Ferien wieder öffnen. Als Ergebnis haben wir folgende Bitten an die Verwaltung gerichtet:

- Kreative Lösungen für mehr Platz in Schulen (Container, Umnutzungen, Leerstände)
- Mobile Computer und Schulung für Lehrkräfte
- Zusätzliches Winterquartier für den Waldkindergarten
- Coronatests für das Personal

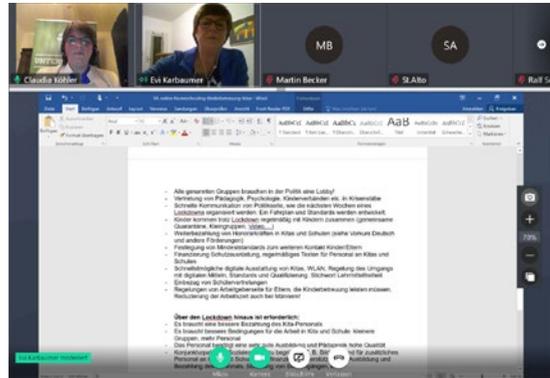
Wolfgang Schmidhuber

Unterhaching

Kinderbetreuung – Homeschooling – Home office Was lernen wir aus der Krise?

Lehrkräfte, Förderpädagoginnen, Sozialpädagoginnen, eine Krippenleitung, zwei Landtagsabgeordnete und Eltern diskutierten in einem Online-Gespräch auf Einladung der Unterhachinger Grünen.

Die Corona-Krise hat alles deutlich gemacht, was auch davor schon problematisch war: Kinder und Jugendliche, Eltern und die Beschäftigten in Kitas und Schulen waren lange nicht im Fokus der politisch Verantwortlichen. Gewalt gegenüber Kindern und Müttern ist in der Krise drastisch angestiegen. Armut wurde anfangs ausgeblendet. Wochen von Nichtbetreuung zementieren Bildungsungerechtigkeit.



Die Ergebnisse der anregenden Diskussion finden sich in 13 konkreten Forderungen an die Politik und sind auf der Webseite unter www.gruene-unterhaching.de zu finden.

Evi Karbaumer

Oberhaching

Neustart zum Wahlkampf

In Oberhaching starteten wir zu Beginn des Wahlkampfes mit Social Media. Auf der Website, Facebook und Instagram informieren wir über Themen des Ortsvereins, präsentieren unsere

Gemeinderät*innen und nehmen aktuelle Anlässe, Presseartikel und Meinungen der Grünen von Kreis und bundesweit auf. Auch die Vernetzung mit anderen Grünen Ortsverbänden, Politikern, kommunalen Institutionen und Fachgruppen ist ein wichtiger Baustein.

Nina Hartmann

Digitale Arbeit in der Fraktion



In einer Videokonferenz stand die Wahl der*s Fraktionsvorsitzenden per Münzwurf an, da es zuvor zwischen 2 Bewerber*innen zur Pattsituation kam. Damit meine Gemeinderatskolleg*innen das Ergebnis prüfen konnten, lief ich „als

Beweis“ mit meinem Tablet der endlos rollenden Münze hinterher, bis sie zum Liegen kam.

**Luitgart Dittmann-Chylla,
Höhenkirchen-Siegersbrunn**



Die grüne Kreistags-Fraktion hat sich enorm vergrößert und das Zusammenfinden wurde durch Corona zu einer Herausforderung. Wir haben es aber geschafft, in den letzten Monaten zu einem Team zu werden! Mit vielen Videokonferenzen, Chats auf Slack – und auch bei einer Klausurtagung (mit viel Abstand!).

Christina Risinger, Ismaning

Junge Menschen und Familien endlich in den Fokus rücken!

Von Johanna Zapf und Johannes Rohleder



Jedes zweite Kind weltweit ist Opfer von Gewalt“; „die Bildungsungerechtigkeit wird größer“ und auch „Psychische Probleme, Verhaltensauffälligkeiten und die Suchtgefahr steigt“ – erschreckende Berichte zu den jetzt schon erkennbaren Folgen der noch immer andauernden Coronapandemie. Auch wenn medial eher über die wirtschaftlichen Folgen debattiert wird, so sind es vor allem die sozialen Probleme, die durch die Pandemie noch größer werden.

Der wochenlange Lockdown hat gesellschaftlich einen Rollback der Geschlechtergerechtigkeit hervorgerufen, der jedem*r Feminist*in das Herz bluten lässt. Er hat gezeigt, dass wir die Krise größtenteils auf dem Rücken von Frauen und jungen Menschen austragen. Die Doppelbelastung Kinderbetreuung und Beruf lag und liegt schwer auf den Schultern von Familien und es wurde deutlich, dass

junge Menschen keine Lobby haben. Über Kita-, Kindergarten- und Schulöffnungen sowie Freizeitangebote für junge Menschen wurde erst debattiert, nachdem Biergärten öffnen durften. Noch immer sitzt die Familienministerin nicht in Krisenstäben und die Bedürfnisse von Familien werden nicht mitgedacht.

Die Aussage des Kultusministers – kein Kind solle Nachteile aus der Krise bekommen – bleibt wohl ein frommer Wunsch, denn wirkliche Maßnahmen, um dies zu verhindern, sucht man vergebens. All dies können und wollen wir nicht hinnehmen. Deswegen haben wir auf der Kreisversammlung im Juni einstimmig unsere sozialpolitische Resolution verabschiedet. Wir geben jungen Menschen und Familien eine Stimme und zeigen, dass sie systemrelevant sind und es endlich konkreter Konzepte und Lösungsvorschläge bedarf. Wir fordern beispielsweise die Öffnung der Kinderbetreuung für alle Kinder, die Wiederaufnahme der kommunalen Jugend(verbands)arbeit und die Schaffung von Möglichkeiten für politische Partizipation für junge Menschen. Die sozialpolitische Resolution im Wortlaut findet ihr auf der Homepage des Kreisverbandes.



Johanna Zapf

2. Bürgermeisterin

Unterhaching



Johannes Rohleder

Kreisrat

Unterschleißheim

Änderungen im Frauenstatut

Von Lucia Kott

Als erste Partei der Bundesrepublik haben die GRÜNEN 1986 das Frauenstatut eingeführt: eine Erfolgsgeschichte mit Vorreiter- und Vorbildfunktion, die sich in der Ämter- und Mandatsverteilung wie auch in den Wahlergebnissen widerspiegelt.

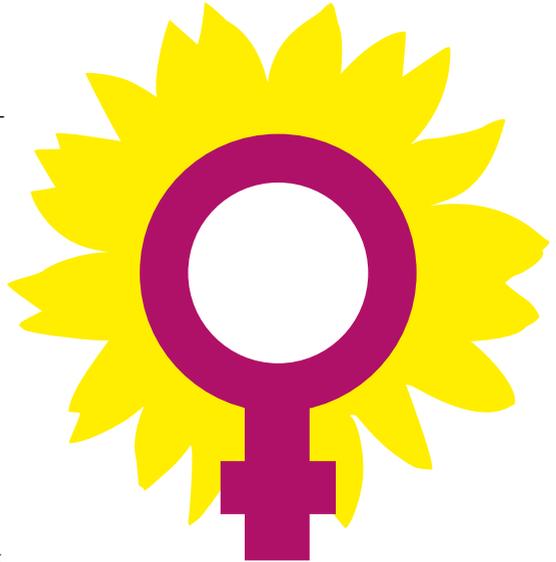
Das Frauenstatut ist in der Bundessatzung verankert. Die Landessatzungen dürfen den Regelungen nicht widersprechen und nur mit einer 2/3-Mehrheit auf einem Parteitag geändert werden.

Im November letzten Jahres wurden auf der 14. Bundesdelegiertenkonferenz in Bielefeld Satzungsänderungen zur geschlechtlichen Vielfalt und gleichberechtigten Teilhabe beschlossen. Allein schon wegen des Urteils vom Bundesverfassungsgericht von 2017 zur dritten Geschlechtsoption musste sich am Frauenstatut etwas ändern, das bis dahin von einem binären Geschlechterverhältnis geprägt war. Frauenplätze sind nun vorgesehen für alle Frauen, die sich als Frau definieren und offene Plätze für alle Menschen in ihrer geschlechtlichen Vielfalt.

Frauenstatut vor Ort

Die Änderungen des Frauenstatus haben auch konkrete Auswirkungen für die Arbeit auf Ortsebene. Eine Doppelspitze muss mindestens mit einer Frau besetzt sein, ein Vorstand mit einer ungeraden Platzzahl mehr Frauen als Männer beinhalten.

Frauenplätze müssen freigehalten und Frauen zeitnah nachgewählt werden. Die Plätze können also nicht mehr, wie bisher, durch Beschluss für alle geöffnet werden. Die Nachwahl muss als Tagesordnungspunkt solange auf die nächsten Ortsversammlungen bis die Nachwahl



erfolgt ist. Sollte sich die Kandidatinnensuche als schwierig erweisen, unterstützen Euch die beiden Kreisvorsitzenden Sabine Pilsinger und Volker Leib gerne.

Das Frauenstatut stärkt die Position der Frauen innerhalb der Partei. Es sorgt dafür, dass nach geeigneten Frauen Ausschau gehalten wird und ermutigt diese, in die aktive Politik einzusteigen. Denn das gemeinsame Ziel bleibt: die Hälfte der Macht und Verantwortung für Frauen und Männer.



Lucia Kott
Kreisgeschäftsführerin
Neubiberg

Juni-Kreisversammlung
mit Claudia Köhler
und Markus Büchler

Bericht aus dem Landtag und Sozial- politische Resolution

Bei unserer digitalen Kreisversammlung im Juni berichteten unsere Landtagsabgeordneten Claudia Köhler und Markus Büchler aus ihrer Arbeit im Bayerischen Landtag. Claudia Köhler ging als haushaltspolitische Sprecherin in ihrem Vortrag vor allem auf die Haushaltssituation Bayerns in Zeiten der Corona-Krise und Finanzhilfen für Kommunen ein. Im Anschluss beantwortete sie konkretere Fragen aus der Runde. Dabei ging es beispielsweise um die finanzielle Unterstützung von Jugendbildungsstätten und (freiberuflichen) Künstler*innen sowie öffentliche Gelder für Mitagsbetreuungseinrichtungen.

Markus Büchler befasste sich als mobilitätspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion mit den krisenbedingten Einbrüchen im öffentlichen Nahverkehr, um anschließend die Möglichkeiten der Kommunen in der Mobilitätswende aufzuzeigen. Diskutiert wurde in der Runde unter anderem die Autokaufprämie für Verbrenner, die Frage nach der Senkung der Ticketpreise im ÖPNV, der sechsstreifige Ausbau der Autobahn A92 München – Deggendorf sowie temporäre wie langfristige Konzepte zum



Ausbau des Radverkehrs.

Weitere Fragen an die beiden Landtagsabgeordneten drehten sich um die Corona-App, die Wiederöffnung von Hochschulen und den gestiegenen Verpackungsmüll in der Corona-Krise.

Ein weiteres wichtiges Thema in dieser digitalen Kreisversammlung war die Einbringung der sozialpolitischen Resolution. In dieser fordern die Jungen Grünen die Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien in der Corona-Krise zu verbessern sowie die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen im Landkreis zu erweitern (mehr auf S. 20). Nach einer spannenden und lebhaften Diskussion wurde die Resolution mit einigen Änderungsvorschlägen einstimmig angenommen.

**Simon Stromer, Referent
Digitale Kommunikation**

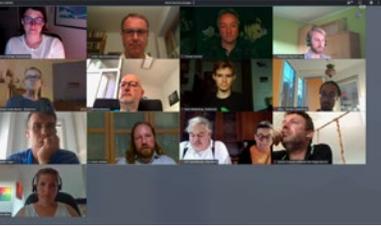
Juli-Kreisversammlung mit
Anton Hofreiter

Corona-Konjunktur- pakete für Klima- schutz nutzen

Die Klimakrise ist nicht weg, sondern verschlimmert sich weiter. Mit diesen Worten eröffnete Toni Hofreiter seine Rede auf unserer digitalen Kreisversammlung, zu der er aus Berlin zugeschaltet war. Der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Bundestag mahnte, dass 2020 das dritte Dürrejahr in Folge sein wird, trotz der vielen Regenfälle der letzten Wochen. Die Bodenfeuchte nehme laufend ab, dieser Prozess sei eine Auswirkung des Klimawandels.

Toni Hofreiter forderte, die Konjunkturpakete zur Corona-Krise zur Rettung unserer Lebensgrundlagen zu nutzen. Der grüne Zukunftspakt weise den Weg dazu, mit Investitionen für konsequenten Klimaschutz, besonders dem massivem Aus-

MELDUNGEN



Web-Seminar

Grüne Einführung ins öffentliche Bau- und Planungsrecht

Mit Beginn der neuen Amtsperiode und vielen neuen Mandatsträger*innen in unserem Landkreis wird der Kreisverband vermehrt die politische Arbeit in den Räten unterstützen. Den Anfang machte Mitte Mai unser gut besuchtes Webinar mit Frank Sommer, Fachanwalt für Verwaltungsrecht und erfahrener Baurechtsexperte – und unser grüner Kreisrat aus Gräfelfing.

Gewerbegebiete, Photovoltaik auf dem Dach, Ortsbild: Wenn man mit Baugesetzbuch, Baunutzungsverordnung und Bauordnung umgehen kann, gestaltet sich kommunale Politik leichter. Frank stellte uns die Verfahren der Bauleitplanung (Funktion, Inhalte und Aufstellung von Flächennutzungsplan und Bebauungsplänen), Baugenehmigungsverfahren und Beteiligungen der Gemeinden sowie die Zulässigkeit von Vorhaben in den Planbereichen vor. Dank der vielen konkreten Fragen der Teilnehmenden aus dem ganzen Landkreis und Franks Erfahrungen und Anekdoten war es ein lehrreiches und interessantes Webinar!

Sabine Pilsinger,
Kreisvorsitzende, Gräfelfing

Junge Grüne

Aktiv im und für den Landkreis

Wir sind an die 40 Leute, jung, grün und möchten unseren Landkreis politisch mitgestalten.

Als „Junge Grüne“ sind wir offiziell noch durch KV-Beschluss zu gründen, aber ursprünglich als Gruppe junger Kandidierender zur Kommunalwahl 2020 schon seit Anfang des Jahres aktiv.

Auf unsere Wahlkreis-Tour mit dem ÖPNV im März folgte zur Stichwahl unser Corona-freundlicher Podcast „Um München – Der Podcast der Landkreis Grünen“. Mehr dazu auf S. 26.

Du bist unter 35 Jahre alt, aktiv bei den Grünen im Landkreis München oder möchtest es werden? Dann schau doch mal bei uns vorbei. Bei unseren monatlichen Stammtischen, welche derzeit natürlich online stattfinden, kannst du uns kennenlernen und an spannenden Diskussionen teilnehmen – über Kommunalpolitik und darüber hinaus.

Du erreichst uns per Mail unter leon.matella@gruene-ottobrunn.de.

Wir freuen uns auf spannende Debatten im Landkreis, neue Themen, neue Gesichter – vielleicht Dich?

Carlotta Vieler,
Höhenkirchen-Siegersbrunn
Leon Matella, Ottobrunn

bau der Erneuerbaren Energien und einer Offensive für die Verkehrswende. Kritik übte er an der sozialen Schieflage der Konjunkturpakete der Bundesregierung. Eine Aufstockung der Hartz 4-Regelsätze wäre aus Sicht der GRÜNEN dringend nötig gewesen. Die Coronakrise wirke wie ein Brennglas und mache die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft noch deutlicher sichtbar.

Im Anschluss beantwortete Anton Hofreiter viele unterschiedliche Fragen der über 60 Landkreis-Grünen in der Videokonferenz. In die Sommerpause verabschiedete sich der grüne Bundestagsabgeordnete mit einem optimistischen Blick. Die GRÜNEN werden auch im Herbst stark sein. Um Klimaschutz und letztendlich die Rettung unserer Lebensgrundlagen wirklich voranzubringen, brauche es starke GRÜNE. Das hätten die Menschen verstanden, wie das Ergebnis der Kommunalwahlen in Frankreich gezeigt habe. Die grüne Welle geht weiter.

Lucia Kott,
Kreisgeschäftsführerin,
Neubiberg



Junge Landkreis-Grüne Podcast „Um München“

Der Podcast „Um München“ haben wir als Junge Landkreis-Grüne gestartet, um im Wahlkampfendspurt trotz Corona unsere grünen Inhalte verbreiten zu können.

Nach dem Wahlkampf wollten wir aber weitermachen und produzieren den Podcast nun monatlich in einer Gruppe motivierter junger Grüner. Er erscheint an jedem letzten Samstag des Monats, immer zu einem Thema, das uns relevant und spannend erscheint.

Im Podcast bringen wir unsere persönlichen Erfahrungen, die junge Sicht auf die Politik und spannende Interviews zu wichtigen Inhalten zusammen.

Ob Corona, Kommunales, Klima oder Digitalisierung, bei uns wird alles humorvoll und aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet.

Ein klasse Hör Tipp für alle Landkreis-Grünen und darüber hinaus.

**Bernhard Schüssler,
Unterschleißheim**



Junge Grüne Junge Gruppe goes digital

Nach einigen gemeinsamen Stammtischtreffen und einer Wahlkampfaktion standen auch wir als Junge Landkreis-Grüne vor dem Problem, wie es mit unserer neuen Gruppe weiter gehen soll.

Nachdem einige von uns bei der Produktion des Podcasts „Um München“ bereits Erfahrungen mit virtuellen Treffen sammeln konnten, beschlossen wir, auch unser Stammtischformat in den digitalen Raum

zu bringen. Das heißt für uns einmal im Monat gemütlich von zu Hause ein Bier oder ein Spezi mit jungen Grünen aus dem Landkreis zu trinken, spannenden Gästen zu lauschen und aktuelle Themen zu vertiefen. Natürlich ging es bei unseren digitalen Stammtischen erstmal um den Start in neue Mandate und die zukünftige Zusammenarbeit in den OVs nach einem für alle anstrengenden Wahlkampf. Eine spannende Erfahrung, dennoch freuen auch wir uns schon auf ein kommendes persönliches Treffen!

Fabian Matella, Ottobrunn

MELDUNGEN

Kreisvorstand

Verabschiedung



Wir danken Sigrid Bartl für die gute Zusammenarbeit im Vorstand des Kreisverbandes München Land. Alles Gute für Deinen neuen Lebensabschnitt in Niederbayern! Die örtlichen GRÜNEN vor Ort freuen sich bestimmt, dass sie mit Dir so eine engagierte Mitstreiterin gefunden haben .

**Sabine Pilsinger und
Volker Leib im Namen
des gesamten Kreisvorstands**



Kleiner Parteitag

#KPT digital

Schon mit Blick auf die Aussendungen wussten wir, dieser Parteitag wird anders. Die Zeit, die man nun nicht im Zug sitzen musste, verbrachte ich vor dem PC mit Online-Akkreditierung und Probeabstimmungen.

Trotz Chat-Funktion, offenen Debatten und spannenden Themen mochte nicht so richtig Parteitagsstimmung aufkommen. Es war ein komisches Gefühl, keinerlei Reaktionen auf die tollen Reden von Claudia Roth, Toni oder Markus zu hören.

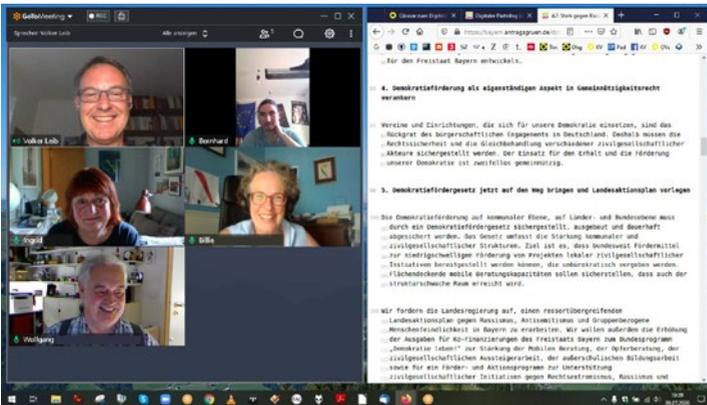
Mein Fazit: Wir Grüne Bayern sind wie so oft Vorreiter*innen. Es war eine technische Höchstleistung; wir haben mit unseren Anträgen unterstrichen,



dass wir die Zukunftsfragen anpacken, aber trotzdem freue ich mich auf den nächsten analogen Parteitag.

**Bernhard Schüssler
Unterschleißheim**





Kleiner Parteitag Delegierten-Besprechung zum Kleinen Parteitag

Zur Vorbereitung des ersten digitalen Kleinen Parteitags der bayerischen GRÜNEN passend kamen die Delegierten des Kreisverbandes mit dem Kreisvorsitzenden Volker Leib zu einem virtuellen Treffen zusammen. Sie bereiteten die anstehenden Themen vor, wie beispielsweise den spannenden Leitantrag des Landesvorstands, „Wald ist Zukunft“ über den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Aber auch weitere Anträge zu wichtigen und dringenden Themen zur Corona-Krise in Bayern sowie zu Bayern als Wirtschaftsstandort nach Corona wurden angeregt diskutiert.

**Simon Stromer, Referent
Digitale Kommunikation**

Oberschleißheim Probefahrt auf der Radtrasse

Rund 30 Teilnehmer*innen und mein Landtagskollege Johannes Becher und ich folgten der Einladung der ortsansässigen Grünen für eine „Probefahrt“ auf der zukünftigen Radltrasse von Freising nach Oberschleißheim Ende Juni.

Das Projekt läuft seit zwei Jahren und die Machbarkeitsstudie ist fertig und vorgestellt. Zum Vergleich lohnt sich ein Blick nach Baden-Württemberg: Dort wäre für so ein Projekt nämlich das Land zuständig. Das halte ich für sinnvoller, schließlich hat das Land wesentlich mehr Möglichkeiten, um so eine Maßnahme durchzuführen. Entlang der Strecke wohnen fast 100.000 Menschen. Für sie und den starken Pendelverkehr braucht es gute Radwege, um die überlasteten Straßen von Stau zu befreien.

**Markus Büchler,
Landtagsabgeordneter**

TERMINE

Für unsere nächsten Kreisversammlungen schau vorbei bei www.gruene-ml.de.

KONTAKT

Unsere Geschäftsführerin Lucia Kott erreichst du unter:
gf@gruene-ml.de

Bankverbindung:

Die Grünen KV München-Land
Kreissparkasse München
IBAN: DE30 7025 0150 0280
4631 75

IMPRESSUM

Der Kreisrundbrief ist die Mitgliederzeitung der Grünen im Landkreis München und erscheint vier Mal im Jahr.

Herausgeber:

Bündnis 90/Die Grünen,
KV München-Land
Der Vorstand
Sendlinger Str. 47
80331 München
gf@gruene-ml.de
www.gruene-ml.de

Vi.S.d.P.: Sabine Pilsinger

Redaktion: Sabine Pilsinger,
Volker Leib, Lucia Kott, Simon
Stromer

Gestaltung: Anna Schmidhuber,
Andreas Gregor

Druck:

Uhl Media
klimaneutral gedruckt



GRIBS – Der gute Rat für gute Ratsarbeit

Ihr seid neu im Rat und sucht Antworten auf die vielen Fragen, die Euch dort begegnen? Egal ob beim Thema Haushalt und Finanzen, beim Thema Kommunalrecht, beim Thema Planen und Bauen oder bei den Themen Umwelt, Klima, Mobilität, Soziales. Egal, was auch immer Euch bei Eurer Arbeit begegnet:

Ihr müsst das Rad nicht neu erfinden – werdet Teil einer starken kommunalen Solidargemeinschaft mit vielen Vorteilen von Seminarermäßigung bis zur Rechtsberatung.

Ganz einfach unter: <https://gruenlink.de/1rjz>